

Dr. Frank Wild

Wirtschaftswachstum vs. DeGrowth: Warum Wachstum gut für die Menschen und unser Sozialsystem ist

Deutschland steht bei der Finanzierung seines Sozialversicherungssystems vor großen Herausforderungen. Allein aufgrund der Alterung der Bevölkerung sind steigende Sozialversicherungsausgaben zu erwarten. In der Gesundheitspolitik gibt es wiederholt Debatten, welche Reformen angestoßen werden könnten, um die Finanzierung der Sozialversicherung zu sozialpolitisch und auch wirtschaftlich vertretbaren Beitragssätzen sicherstellen zu können. Diese Diskussionen finden in einem Umfeld statt, welches von einem Wandel im Verständnis von wirtschaftlicher Aktivität und der Bedeutung von Erwerbsarbeit geprägt ist. Dieser Wandel wird konzeptionell begleitet von den Überlegungen einer „DeGrowth“-Bewegung, die in den letzten Jahren mit einer ganzen Reihe von Büchern die Bestseller-Liste eroberten. Darin fordert sie ein Schrumpfen der Wirtschaft, um die Erde und die menschliche Zivilisation zu retten.

„DeGrowth“ ist ein Konzept, das Wirtschaftswachstum ablehnt und ökologische Nachhaltigkeit sowie soziale Gerechtigkeit fördern will. „DeGrowth“ betont, dass weniger Wirtschaftsaktivität den Energieverbrauch und die CO₂-Emissionen verringert und so den Klimawandel bremst. Eine derartige Reduktion wäre zudem mit einer besseren Work-Life-Balance durch reduzierte Arbeitszeiten verbunden, um den Stress der modernen Arbeitswelt zu mindern und mehr Zeit für persönliche und gesellschaftliche Aktivitäten zu schaffen. „DeGrowth“-Befürworter versprechen, dass weniger Arbeit und Konsum die Lebensqualität erhöht und den ökologischen Fußabdruck verringert. Die Ideen von „DeGrowth“ sind schon längst kein theoretisches Gebilde mehr. Mit Blick auf die Situation auf dem Arbeitsmarkt, und dem dort zunehmenden Anteil von Teilzeitbeschäftigung, sind diese Einsichten bereits längst angekommen. Doch ist „DeGrowth“ wirklich eine Lösung und wie passt dieser Ansatz zur Finanzierungsdebatte rund um unsere Sozialversicherung?

Um diesen Fragen nachzugehen, ist vorab folgendes festzustellen: Hinter der Philosophie von „DeGrowth“ verbirgt sich ein seltsames Verständnis von Wirtschaftswachstum. Es gibt in einer marktwirtschaftlichen Gesellschaft keinen dahinterstehenden „Masterplan“ und keinen inhärenten Zwang zu Wachstum. Wirtschaftswachstum ist die Folge der wirtschaftlichen Aktivitäten, der Ideen und der Initiative einzelner Individuen in der Gesellschaft, die sich bei entsprechenden Rahmenbedingungen entfalten können. Staatliche Regulierung kann und muss bestimmte Aktivitäten verbieten oder verteuern, um Schäden an Menschen, Umwelt und Klima zu verhindern. „DeGrowth“ geht jedoch über die bisherige Abgrenzung von Marktversagen hinaus. Es soll die wirtschaftliche Aktivität und damit das Arbeitsvolumen in der Gesellschaft in der Breite heruntergefahren werden, um die Lebensqualität zu erhöhen. Ein erstes Problem wird damit schon ersichtlich: Von dieser Reduktion sind damit auch unternehmerische Aktivitäten betroffen, die sinnvoll sind, um neue Lösungen für die vielen großen und kleinen Herausforderungen des Lebens zu entwickeln. Denn ohne wirtschaftliche

Aktivität gibt es beispielsweise keine neuen Mobilitätslösungen, keine Innovationen zur Reduzierung von CO₂-Emissionen und keine neuen Krebsmedikamente.

Es sind jedoch nicht nur die Innovationen, die unter Stagnation oder Rückgang der Wirtschaft leiden. Es sind auch die bestehenden Strukturen, sowohl in der Infrastruktur (Straßen, Brücken, Digitalisierung) als auch im sozialen Bereich, die bei abnehmender Wirtschaftsaktivität nicht erhalten oder ausgebaut werden können. Es ist nicht möglich, den aktuellen Stand des Wohlstandes einfach einzufrieren, da es nur übergangsweise möglich ist, aus der Substanz zu leben.

Die Folgen von „DeGrowth“ würden sich nicht nur in abstrakten volkswirtschaftlichen Kennzahlen widerspiegeln, sondern auch im Alltagsleben bemerkbar machen. Eine ganze Reihe der Folgen zeigen sich bereits jetzt. So führt die Reduzierung des Arbeitsvolumens zu Personalmangel bei handwerklichen Dienstleistungen, bei der Bahn und dem öffentlichen Personennahverkehr, zu Warteschlangen in den Arztpraxen sowie zu einem Mangel an Lehrerinnen und Lehrern, mit den entsprechenden negativen Folgewirkungen. Die Idee, dass weniger Arbeit mehr Freizeit bringt, greift zu kurz, da auch Freizeit-, Gastronomie- und Tourismusbereiche unter Arbeitskräftemangel leiden würden und viele Angebote nicht aufrechterhalten werden können.

Die Lücken können nur in einigen Bereichen durch ehrenamtliches Engagement ausgeglichen werden. Es ist unmöglich, wirtschaftliche Tätigkeit in großem Maßstab und branchenübergreifend durch Ehrenamt zu ersetzen. Viele Aufgaben erfordern spezifische Fachkenntnisse und eine konstante Verfügbarkeit in einer standardisierten Qualität. Dies ist ehrenamtlich kaum zu gewährleisten, da Ehrenamt per Definition als freiwillig gilt. Es ist zudem zu erwarten, dass die Arbeitslast und auch die Arbeitsmotivation sehr ungleich zwischen den Menschen verteilt wäre. Ein solches System wäre keineswegs gerechter.

Größere Auswirkungen würde „DeGrowth“ auf unsere Sozialsysteme haben. Die Sozialversicherungssysteme Deutschlands, insbesondere die drei Säulen Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung, stehen vor einer großen Belastungsprobe. Der demografische Wandel führt dazu, dass immer mehr Menschen ins Rentenalter eintreten und immer weniger junge Menschen nachrücken. Dadurch steigt die Anzahl der Leistungsempfänger, während die Zahl der Beitragszahler sinkt. Dies führt unweigerlich zu einem Anstieg der Sozialversicherungsausgaben. Im Bereich der Krankenversicherung kommt noch hinzu, dass ein – grundsätzlich willkommener – medizinisch-technischer Fortschritt zu einer Ausgabenerhöhung beiträgt.

Die Finanzierbarkeit dieser Ausgaben hängt von den Einnahmen durch Sozialversicherungsbeiträge und Steuern ab. Eine schrumpfende Wirtschaft würde diese Einnahmen reduzieren. Durch die zahlenmäßig schwächer besetzten jüngeren Jahrgänge drohen bereits jetzt geringere Beitragseinnahmen. Wenn diese Jahrgänge nur teilweise am Arbeitsmarkt partizipieren, verschärft sich das Einnahmenproblem in der Sozialversicherung. Es gibt darüber hinaus noch einen zweiten Effekt: Da in einer schrumpfenden Volkswirtschaft weniger finanzielle Mittel für Investitionen bereitstehen, sind negative Auswirkungen auf die Produktivität zu erwarten. Die Mängel in der Infrastruktur werden ebenfalls die Produktivität der Unternehmen herabsetzen. Der Hoffnung, dass ein deutliches Produktivitätswachstum im

Umlageverfahren der Sozialversicherung für einen gewissen Ausgleich für das zunehmend ungünstigere Verhältnis von Beitragszahlern und Leistungsempfängern sorgt, fehlt allerdings bereits jetzt die Grundlage. Nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen großen Industrienationen sinkt die Produktivität seit vielen Jahren. „DeGrowth“ würde diese Entwicklung verstärken.

Es ist fraglich, ob sinkende Einnahmen der Sozialversicherung durch Steuern ausgeglichen werden können, da weniger Wirtschaft auch weniger Steuereinnahmen bedeutet. Der Zielkonflikt im öffentlichen Haushalt wird sich hierdurch noch weiter verschärfen. „DeGrowth“ erhöht den finanziellen Druck auf die sozialen Sicherungssysteme. Für den Staat wird es zunehmend schwieriger, bestimmte Umverteilungsziele umzusetzen. Das Ziel der „DeGrowth“-Befürworter, mehr Gleichheit und soziale Gerechtigkeit zu schaffen, wird untergraben.

Wirtschaftswachstum steht keineswegs im Widerspruch zu Nachhaltigkeit und ökologischen und sozialen Zielen. Im Gegenteil: Wirtschaftswachstum kann durch Innovationen, effiziente Ressourcennutzung und eine Kreislaufwirtschaft erreicht werden. Die Geschichte zeigt, dass mit steigendem Wohlstand Umweltziele wichtiger wurden und hohe Standards bei Luft, Wasser und Abfall in hochentwickelten Wirtschaften vorkommen. Wirtschaftswachstum beinhaltet implizit auch einen stetigen Nachschub an neuen Ideen, auch um Umweltziele zu erreichen. Auch die Leistungsfähigkeit des Sozialstaates geht oft einher mit einer starken Wirtschaftskraft. Um soziale Ziele und umfassende Leistungen in der Sozialversicherung finanzieren zu können, braucht es stabile Beitragseinnahmen. Bildung und sehr gute Rahmenbedingungen für Forschung und Entwicklung sind Schlüsselemente, um eine gute Balance zwischen Wachstum, Nachhaltigkeit und sozialer Sicherheit zu erreichen.

Köln, 25. Juni 2024